



Expertengespräch Nr. 2
NOVEMBER 2025

Ein Plädoyer für proaktive Kommunalpolitik

Die progressive kommunale Schuldenbremse (PKS) als neues Leitbild für öffentliche Finanzen?

Expertengespräch mit Marco Beckendorf

Bürgermeister der Gemeinde Wiesenburg/Mark
und Gründer des hochroth Verlags

ASG | Agrarsoziale
Gesellschaft e.V.
aktiv für ländliche Räume

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Landwirtschaft, Ernährung
und Heimat

BULE plus
Bundesprogramm
Ländliche Entwicklung
und Regionale Wertschöpfung

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

INHALT

Öffentliche Haushalte sind keine Privathaushalte	2
Der Staat soll Liquidität in Umlauf bringen – nicht horten	2
„Schwarze Null“, Rücklagenpolitik und ihre Folgen für Kommunen	2
Werkzeuge der progressiven kommunalen Schuldenbremse (PKS)	3
Die Spar-Mentalität überwinden und Investitionen tätigen	3
Ein ganzheitlicher Blick auf volkswirtschaftliche Zusammenhänge	3
Fazit	4

„Die progressive kommunale Schuldenbremse (PKS) will, dass der Staat endlich seine eigenen Vorteile nutzt – und nicht so tut, als wäre er ein privater Haushalt“,

erklärte Marco Beckendorf in unserem Gespräch. Ausgehend von der Frage, warum Kommunen trotz hoher Investitionsbedarfe Geld „auf Halde legen“, entwickelte er zusammen mit einem Projektteam das ein Konzept einer aktiven Finanz- und Investitionspolitik auf kommunaler Ebene. Im Zentrum steht die Idee: Der Staat ist langlebig, kreditwürdig und „Schöpfer der Währung“ – und sollte daher seine besonderen Möglichkeiten für das Gemeinwohl einsetzen.

Öffentliche Haushalte sind keine Privathaushalte

Ein Grundgedanke der progressiven kommunalen Schuldenbremse (PKS) ist die klare Trennung von staatlicher und privater Logik. Privathaushalte und Unternehmen können sich nur begrenzt und für überschaubare Zeiträume verschulden. Entsprechend nehmen sie Kredite eher kurz- bis mittelfristig auf. Für den Staat gelten andere Voraussetzungen: Er ist nicht endlich, sondern besteht über Generationen hinweg. Vorhaben wie Schulbauten haben Nutzungsdauern von mehreren Jahrzehnten und werden in der Regel über 50 bis 80 Jahre abgeschrieben.

„Also darf man eben nicht von der Privatwirtschaft oder seinem privaten Haushalt auf den öffentlichen Haushalt schließen.“

Die PKS setzt hier an: Wenn Schulen über 80 Jahre abgeschrieben werden, sollen Kommunen sich für diese Investitionen auch über diesen Zeitraum verschulden dürfen – die Erwirtschaftung von statt Tilgungen in 20 oder 25 Jahren zu erzwingen, die den Ergebnishaushalt überfordern und Sanierungen verhindern.

Der Staat soll Liquidität in Umlauf bringen – nicht horten

Marco Beckendorf kritisiert, dass viele Kommunen in der Vergangenheit Überschüsse aufgebaut und Rücklagen gebildet

haben – teils massiv, zum Beispiel in Brandenburg. Diese Überschüsse stammen aus Steuern, Gebühren und Abgaben der Bürger*innen und Unternehmen.

„Wir haben die Gelder über Steuern von den Bürgerinnen und Bürgern eingezogen und haben sie für was verwendet? Für nichts. Die liegen auf unseren Konten rum und jetzt ziehen wir auch noch die Zinsen dafür ein.“

Aus seiner Sicht widerspricht dies der eigentlichen Rolle der öffentlichen Hand. Kommunen sollen keine Vermögensverwaltungsbetriebe sein, die Ersparnisse anhäufen und Zinsen einfahren, sondern dafür sorgen, dass Liquidität in der Realwirtschaft ankommt: durch Investitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und öffentliche Leistungen. Es sei aus Sicht des Bürgermeisters daher notwendig, dass Kommunen im Ergebnishaushalt idealerweise eine „schwarze Null“ anstreben und Schwankungen, Forderungen und Zahlungsziele über den Finanzhaushalt ausgeglichen werden – notfalls über Kassenkredite.

„Schwarze Null“, Rücklagenpolitik und ihre Folgen für Kommunen

Die über Jahre eingeübte Logik der „schwarzen Null“ und der vorsorglichen Rücklagenbildung hat nach Beckendorfs Einschätzung zu strukturellen Problemen geführt:

- Investitionen werden verschoben, bis genug Geld „angespart“ ist.
- In dieser Zeit steigen Baupreise deutlich schneller als die allgemeine Inflation.
- Wichtige Vorhaben, wie Schul- und Kitasanierungen oder Neubauprojekte, werden zu spät oder gar nicht umgesetzt.

„Das macht ja gar keinen Sinn, Geld anzusparen, sondern es macht Sinn, jetzt einen Kredit aufzunehmen.“

Hinzu kommt die Rolle der Kommunalaufsicht. Sie prüft in vielen Ländern die sogenannte dauernde Leistungsfähigkeit und verlangt häufig ausgeglichene Ergebnis- und Finanzhaushalte – oft ohne konjunkturelle Schwankungen oder langfristige Effekte mitzudenken. Um Diskussionen mit der Aufsicht zu vermeiden, neigen Kommunen dann dazu, Sicherheit durch Rücklagenbildung zu suchen statt aktiv zu investieren.

Werkzeuge der progressiven kommunalen Schuldenbremse (PKS)

Die PKS versteht sich als Gegenmodell zur passiven, risikoaversen Haushaltspolitik. Sie schlägt ein Bündel von Instrumenten vor, mit denen Kommunen handlungsfähiger werden und zugleich langfristig solide planen können.

Kredite entlang der Abschreibungsdauer

Kernpunkt ist die Kopplung von Kreditlaufzeiten an Abschreibungszeiträume:

- Investitionen in langlebige Infrastruktur (z. B. Schulen) sollten über den Zeitraum ihrer Abschreibung finanziert werden (bis zu 80 Jahre).
- Tilgungsfristen werden nicht künstlich verkürzt, so dass die Erwirtschaftung dieser zusätzlichen Tilgungsleistungen über Gewinne den Ergebnishaushalt kurzfristig überlasten.

Damit soll verhindert werden, dass Kommunen ihre Liquidität frühzeitig einbüßen und dadurch Mittel für die Instandhaltung und Sanierung von Infrastruktur fehlen.

Zins- und genehmigungsfreier Kreditrahmen

Ein weiterer Baustein ist ein genehmigungsfreier Kreditrahmen für Kommunen:

- Kredite in Höhe eines Jahresertrags der Kommune sollen zinsfrei und ohne die aufwendige Genehmigung der Kommunalaufsicht möglich sein.
- Die heute übliche, langwierige Prüfung der Leistungsfähigkeit über Jahrzehnte im Voraus („Glaskugel“) würde entfallen.

„Unser Vorschlag ist ein Kreditrahmen in Höhe der Erträge einer Kommune, also eines Jahreseinkommens.“

Im Vergleich zu privaten Haushalten, die für ein Eigenheim häufig ein Vielfaches ihres Jahreseinkommens aufnehmen, gilt dieser Rahmen aus Beckendorfs Sicht als moderat. Der Staat könne diese Last über längere Zeiträume und über Generationen hinweg tragen.

Weitergabe an Eigenbetriebe und Wohnungsunternehmen

Wenn Kommunen den Kreditrahmen aus eigenen politischen oder haushalterischen Gründen nicht direkt nutzen wollen, können sie ihn nach Marco Beckendorfs Konzept an Eigenbetriebe weiterreichen, etwa kommunale Wohnungsbaugesell-

schaften, Stadtwerke oder andere Infrastrukturunternehmen. Hier sei vielerorts ebenfalls ein hoher Investitionsstau festzustellen. Würden Investitionen dort zinsfrei und über längere Zeiträume finanziert, könnte dies unmittelbar auf die Preise wirken – insbesondere im Wohnungsbau.

„Im Wohnungsbau könnte man im besten Fall auch über 50 Jahre finanzieren (...) und damit die Mietpreise (...) um ein Viertel senken.“

Statt der heute oft kalkulierten 12 Euro Nettokaltmiete pro Quadratmeter für den Neubau wären so nach seinen Berechnungen etwa 8 Euro möglich, weil Zinsen entfallen und längere Laufzeiten die jährliche Belastung senken.

Die Spar-Mentalität überwinden und Investitionen tätigen

Ein zentrales Hemmnis sieht Beckendorf im tief verankerten Denken einer „Haushaltsmoral“, die Schulden als tendenziell negativ begreift und Rücklagen als Zeichen solider Finanzpolitik.

„Wenn eine solche Denkweise erstmal über 20 Jahre geprägt ist, braucht es doppelt so lange, um das wieder hinzubiegen.“

Er rechnet nicht damit, dass sich diese Mentalität in wenigen Jahren ändert. Vielmehr sei ein langfristiger Kulturwandel nötig – sowohl in der Verwaltung als auch in der Politik und in der öffentlichen Debatte. Ein möglicher Hebel wäre dabei die Ausbildung: Studiengänge und Verwaltungsfortbildungen vermitteln bislang überwiegend betriebswirtschaftliche Perspektiven und die Logik der „schwarzen Null“. Eine volkswirtschaftlich orientierte Sicht, die Gesamtwirkungen auf die Region und die Bürger*innen in den Blick nimmt, sei hingegen weniger präsent.

„Wir sind ja als Staat kein Betrieb, sondern wir müssen als Staat die Volkswirtschaft in Gänze betrachten.“

Beispielsweise könne es sinnvoll sein, kurzfristig auf Steuerrückforderungen zu verzichten oder sie zu strecken, um Bürger*innen nicht in teure Dispokredite zu drängen – und stattdessen als Kommune selbst temporär ins Minus zu gehen, wenn mittelfristig höhere Steuereinnahmen durch neue Unternehmen, Baugebiete oder Zuzug zu erwarten sind.

Ein ganzheitlicher Blick auf volkswirtschaftliche Zusammenhänge

Die Frage, ob Kommunen „für schlechte Zeiten“ Rücklagen bilden müssen, beantwortet Marco Beckendorf klar: Rechtlich gibt es keine Pflicht mehr zu hohen Überschussrücklagen. Frühere Mindestrücklagen sind entfallen. Dennoch wachsen vielerorts beträchtliche Guthaben an, auch aus Sonderprogrammen wie Corona-Hilfen.

„Wir müssen uns fragen, ob wir schlechte Zeiten verhindern – oder erst erzeugen, indem wir Geld zurückhalten.“

Durch Ansparen entziehen Kommunen der Wirtschaft Kaufkraft. Gleichzeitig steigen Baukosten, teilweise deutlich über der allgemeinen Inflation. Wird erst gebaut, wenn genug Geld angespart ist, zahlen am Ende die Bürger*innen mehr: über länger anhaltende Mängel in der Infrastruktur, höhere Baupreise und entgangene Entwicklungschancen. Die PKS versteht sich deshalb auch als Kritik an einer Kommunalaufsicht, die dauernde Leistungsfähigkeit vor allem über formale Haushaltsausgleiche definiert – und weniger über funktionierende Daseinsvorsorge, intakte Infrastruktur und eine stabile regionale Wirtschaft.

Fazit

Die PKS ist weniger ein technisches Konzept als vielmehr ein Plädoyer für einen Perspektivwechsel: weg von einer passiven Rolle und dem Credo der Sparsamkeit hin zu einer aktiven, mutigen öffentlichen Hand, die ihre finanziellen Möglichkeiten nutzt. Die PKS zielt auf:

- die Kopplung von Kreditlaufzeiten an reale Nutzungsdauern
- die Schaffung eines zins- und genehmigungsfreien Kreditrahmens für Kommunen
- die Erleichterung von Investitionen in Wohnungsbau und Infrastruktur
- die Initiierung eines Kulturwandels in Politik und Verwaltung

Daraus folgt ein klares Leitbild: Der Staat soll vorausschauend in Lebensqualität, Infrastruktur und wirtschaftliche Zukunft investieren – und dabei seine eigenen systemischen Vorteile zum Wohl der Bürger*innen nutzen.

Weiterführende Informationen

- www.srek.wiesenburgmark.de/progressive-kommunale-schuldenbremse-pks
- www.bundestag.de/resource/blob/1108366/Marco-Beckendorf.pdf
- www.junge-buergermeisterinnen.de/projekte-und-themen/pks
- www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/wie-brandenburg-zum-geberland-wird-gebt-den-kommunen-endlich-die-milliarden-13109155.html
- www.freitag.de/autoren/sebastian-baehr/hat-dieser-buergermeister-aus-brandenburg-das-rezept-gegen-die-afd
- www.surplusmagazin.de/buergermeister-brandenburg-schulden-kommunen